

Aus dem Regierungsrat des Kantons Obwalden**Vernehmlassungsverfahren zum gemeinsamen Vollzug des Bundesgesetzes gegen Schwarzarbeit**

Die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden wollen die Umsetzung des Schwarzarbeitsgesetzes gemeinsam lösen. Der technische Vollzug wird die gemeinsame Vollzugsstelle übernehmen, daran beteiligt sich auch der Kanton Schwyz mit einer Verwaltungsvereinbarung. Die entsprechenden Vorlagen unterbreiten die Regierungen der drei Kantone einem Vernehmlassungsverfahren.

Auf den 1. Januar 2007 soll das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Kraft treten. Es verpflichtet unter anderem die Kantone, ein kantonales Kontrollorgan mit den entsprechenden Kompetenzen einzusetzen

Wie schon beim Vollzug des Entsendegesetzes sollen die Kontrollen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Uri, Obwalden und Nidwalden der gemeinsamen Tripartiten Arbeitsmarktkommission übertragen werden.

Die drei Kantone haben einen Entwurf zur Änderung der interkantonalen Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes mit entsprechender Botschaft ausgearbeitet. Die Vorlage soll in allen drei Kantonen im Dezember 2006 durch die kantonalen Parlamente verabschiedet werden. Die Regierungen der drei Kantone führen vom 30. August bis 19. Oktober 2006 ein Vernehmlassungsverfahren bei den Parteien und den Sozialpartnern durch.

Der Kanton Schwyz sieht wie beim Entsendegesetz vor, für die Umsetzung des Schwarzarbeitsgesetzes auch die gemeinsame Vollzugsstelle in Altdorf zu beauftragen. Dazu soll die Verwaltungsvereinbarung angepasst werden.

Am 24. Juni 2003 haben die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden die interkantonale Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes abgeschlossen. Mit Kantonsratsbeschluss vom 12. September 2003 ist der Kanton Obwalden dieser Vereinbarung beigetreten. In den Parlamentarischen Beratungen zur interkantonalen Vereinbarung zum Entsendegesetz wurde bereits im Jahr 2003 vorgesehen, dass auch die Bekämpfung der Schwarzarbeit in der Arbeitsmarktregion der drei Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden gemeinsam angegangen werden soll. Den Jahresberichten 2004 und 2005 der Tripartiten Arbeitsmarktkommission Uri, Obwalden und Nidwalden ist zu entnehmen, dass sich der gemeinsame Vollzug bewährt hat.